

Porto zahlt  
der  
Empfänger!

KPÖ-Bundesvorstand  
Drechslergasse 42  
1140 Wien

## Antwortkarte

Ich möchte:

- Stichwort: Dienstleistungen
- Stichwort: Grundversorgung
- Stichwort: EU-Verfassung
- Probenummer des Monatsmagazins "volksstimmen"

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Bundesvorstand, Drechslergasse 42, 1140 Wien, Telefon +43 (1) 503 65 80-0, Fax +43 (1) 5036580/499, Mail bundesvorstand@kpoe.at, Web www.kpoe.at

## Die Folgen der Privatisierung...

★ Für die Beschäftigten: verschärfter Arbeitsdruck, Arbeitsplatzvernichtung sowie Lohn- und Sozialabbau.

★ Für die Bevölkerung: höhere Tarife, Einschränkung von Leistungen, Verschlechterung Qualität und Aufhebung der Versorgungspflicht.

★ Für die Gesellschaft: Verlust politischer Entscheidungsmöglichkeiten und demokratischer Mitsprache

Daher ist die KPÖ strikt gegen die Liberalisierung und damit Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

## Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste verhindern!

Die KPÖ tritt als einzige Partei seit Jahren konsequent gegen die Zerstörung der Grundversorgung auf:

★ 2001/02 gegen Verkauf der Grazer Stadtwerke, Petition gegen Privatisierung der Bundeswohnungen, Aktionen gegen Postämter-schliessungen

★ 2002/03 Petition gegen Ausverkauf öffentlichen Eigentums, gegen Ausgliederungen und Cross Border Leasing

★ 2004 Volksbefragung gegen Verkauf der städtischen Wohnungen in Graz auf Initiative der KPÖ

Infos: [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

EU-Richtlinie KOMM (2004) 02:

## Nein zur Privatisierung öffentlicher Dienste!



Seit auch das Wetter privatisiert wurde, muß für jede Minute Sonnenschein extra bezahlt werden. Es lebe die freie Marktwirtschaft !!

Eine Information der **KPÖ**



## Privater Profit aus öffentlichem Eigentum

Die im Herbst 2004 als Entwurf vorgelegte EU-Richtlinie KOMM (2004) 02 („Bolkestein-Direktive“) ist die bisher umfassendste Liberalisierungsrichtlinie zur Schaffung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen:

- ★ Sie ist im Zusammenhang mit der EU-Verfassung zu sehen, in welcher das neoliberale Wirtschaftsmodell verankert ist.
- ★ Sie unterscheidet nicht zwischen privaten und öffentlichen Dienstleistungen.
- ★ Sie ist ein massiver Eingriff in die Kompetenz von Gemeinden und anderen öffentlichen Institutionen Leistungen in eigener Verantwortung zu regeln.

Mit dem darin verankerten Herkunftslandprinzip wird dem Dumping bei Löhnen, Sozialleistungen, Umweltstandards etc. Tür und Tor geöffnet.

Mit dem Entgeltprinzip werden soziale Dienstleistungen zur Ware.

## EU: Vollgas für Privatisierung

Mit zahlreichen Richtlinien hat die EU die Weichen für die Liberalisierung gestellt:

- ★ 1988 Telekommunikation, ab 1995 Vertiefung, bereits vollzogen
- ★ 1989 öffentliches Rundfunk- und Fernsehmonopol
- ★ 1990 Kapitalverkehr; Bahn Trennung Schiene und Betrieb
- ★ 1997 Strom, volle Liberalisierung 2004, Österreich bereits 2001
- ★ 1998 Gas, Abschluss 2002
- ★ 1999 Finanzmarktaktionsplan
- ★ 2000 Wasser und Abwasser, vorläufig gestoppt
- ★ 2001 Nahverkehr, vorläufig aufgeschoben
- ★ 2003 Postdienste, Universaldienstverordnung bringt Teilliberalisierung; Pensionsfondsrichtlinie; Öffentliches Auftragswesen; Verwaltung Grünbuch/Weißbuch, in Diskussion
- ★ 2004 „Bolkestein-Direktive“ für restliche öffentliche Dienste

Mittlerweile ist hinreichend bekannt, daß Liberalisierung die Vorstufe für Privatisierung ist...

## Privatisierung findet statt...

Die Privatisierung steht nicht als drohende Gefahr im Raum – sie findet bereits seit Jahren statt. Einige Zitate:

*„Unser Katechismus ist das Aktienrecht“, Ex-ÖIAG-Chef Rudolf Streicher (SPÖ) zur Privatisierungsbilanz der ÖIAG („Arbeit & Wirtschaft“, 9/2000).*

*“Es wird keine Privatisierung rückgängig gemacht“, SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer („Neue Zürcher Zeitung“, 25.9.2002)*

*„Mir ist jedenfalls im Bereich der Daseinsvorsorge ein kommunales Monopol, das seine Entscheidungen vor Ort trifft und das sich bei den Gemeinderatswahlen regelmäßig den Bürgern zu stellen hat, wesentlich sympathischer als ein privates Monopol, dessen Manager weit ab vom Schuss sitzen, womöglich im Ausland, sich gegenüber den Bürgern weit weniger verantwortlich fühlen, als gegenüber ihren Shareholdern und die daher vor allem auf Profit ausgerichtet sein müssen.“ Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident (ÖVP)*

**Nein zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen - KPÖ!**